

72- 1.02.93.

## Blumenkübel anstelle der Ampel

### Nackenheimer Rat enttäuscht über Ablehnung der Anlage in der Mainzer Straße

m. NACKENHEIM — Enttäuscht reagierten die Sprecher aller Gemeinderatsfraktionen während der jüngsten Sitzung (wir berichteten) auf das ablehnende Schreiben der Verbandsgemeinde, in der Mainzer Straße eine Druckampelanlage auf Gemeindekosten errichten zu wollen. Bürgermeister Ollig erläuterte, daß das Land nun nach dem „Lörzweiler Modell“ bauliche Hindernisse auf die Straße bis zum Bodenheimer Weg aufbringen wolle.

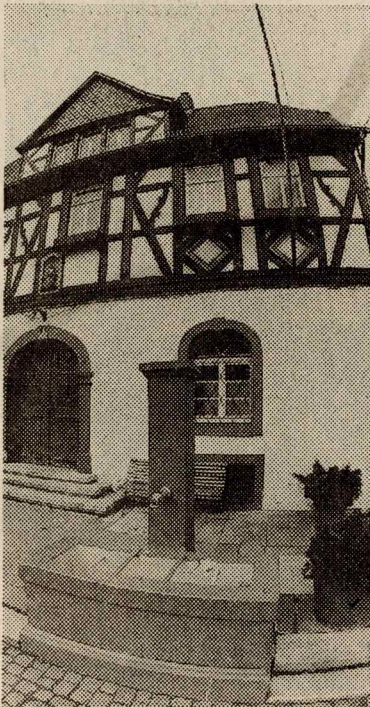
Mit der Bürgerinitiative sowie den Kindern werde leichtfertig umgegangen, hob SPD-Sprecher Richard Speckenheuer hervor. Die Investition von 29000 Mark für die Ampel habe das Land abgelehnt, nun wolle man 79000 Mark für Geschwindigkeitsreduzierung ausgeben, die keineswegs die Fußgänger schützten.

Bei der starken Verkehrsdichte sei die jetzt geplante Maßnahme „schwachsinnig“, meinte Günter Zerbe (FWG). Er kündigte Protestaktionen an. Als „völlig unverständlich“ bezeichnete Frieder Stauder (BLN) die Haltung der Behörden. Heute müßten sich erst Bürgerinitiativen gründen, bevor etwas geschehe. Der Rat habe allerdings das Recht, sich gegen die Entscheidung zu wehren, betonte VG-Bürgermeister Krämer.

Zuvor hatte Bardo Kraus erklärt, ein „zweites Lörzweiler“ lasse die CDU nicht zu. Der Rat müsse auf die Installation der Ampel drängen.

Bei sechs Enthaltungen forderten die Fraktionen eine Stellungnahme des Landes.

Bald wird die Gemeindeverwaltung vom Rathaus in das ehemalige Bahnhofsgebäude umziehen. Günter Ollig erklärte, laut dem Vorunter-



Saniert werden muß das Nackenheimer Rathaus. Bild: Volker Oehl

suchungsbericht bestünden am Mauer- und Deckenwerk des „alten“ Rathauses starke Schäden. Um die Sanierungsmaßnahmen festzulegen und eine Kostenschätzung zu erhalten, werde eine weitere, eingehende Untersuchung erforderlich. Generell könne die Gemeinde davon ausgehen, daß zur Erhaltung des 1971 renovierten Gebäudes umfangreiche Arbeiten erforderlich werden. Bereits bei den Untersuchungen müsse das Gebäude geräumt werden. Die Verwaltung ziehe deshalb in die Räume der Arbeiterwohlfahrt sowie des Volksbildungswerkes um. Der Umzug sei mit den Vereinen abgesprochen. Der im Haus befindliche Mieter werde anderweitig untergebracht, sagte Ollig. Einstimmig vergab die Ratsmitglieder die Untersuchung samt Gutachten für 10000 Mark an eine Cloppenburg-Firma.

Zu Beginn der Sitzung gab Frieder Stauder (BLN) eine persönliche Erklärung zu den wiederkehrenden Beiträgen zum Straßenausbau ab. Gerüchte kursierten, seine Person habe wegen finanzieller Vorteile dafür gestimmt. Jede andere Abrechnungssatzung sei für ihn aber günstiger gewesen, stellte Stauder klar. Als „Solidarbeitrag“ habe er seinerzeit für die Beiträge gestimmt. Mittlerweile sehe er für diese wiederkehrenden Abgaben keine Akzeptanz mehr. Die ABLN werde einen Antrag einbringen.